

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

83. Sitzung

am Donnerstag, dem 31. Oktober 2002, 10:00 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Joachim Behm (FDP)

in Vertretung von Wolfgang Kubicki

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Klaus Klinckhamer (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2002 bis 2006	5
	Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2057	
	b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2003	
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2020	
	<ul style="list-style-type: none">• E i n z e l p l a n 0 1 u n d K a p i t e l 1 2 0 1• E i n z e l p l a n 0 2• E i n z e l p l a n 0 5 u n d K a p i t e l 1 2 0 5• E i n z e l p l a n 1 1 u n d K a p i t e l 1 2 1 1	
2.	a) Künftige Struktur und Positionierung der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale (LB Kiel)	7
	Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/2409	
	b) Fusion der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale (LB Kiel) mit der Hamburgischen Landesbank (HLB)	
	auf Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 15/2116) in der Plenarsitzung am 11. September 2002 von Minister Möller mündlich gegebener Bericht	
3.	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung neuer Referenzzinssätze und zur Aufhebung des Gesetzes über die Ersetzung des Diskontsatzes und anderer Zinssätze (Landesreferenzzinsgesetz - LRzG)	9
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2024	
4.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes	10
	Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 15/2033	

5.	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag aller Länder über die Bereitstellung von Mitteln aus der Oddset-Sportwette im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland	11
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2136	
6.	a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein	12
	Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 15/578	
	b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein	
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1768	
7.	Landeslaborkonzept Neumünster, Ankauf der Liegenschaft „Ehemaliges Truppendienstgericht“ - Zustimmung des Finanzausschusses nach § 64 LHO	13
	Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/2504	
8.	Landesbetrieb (§ 26 LHO) Erlebniswald Trappenkamp; Halbjahresbericht 2002	14
	Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten Umdruck 15/2528	
9.	Einwilligung zum Abschluss eines Mietvertrages für das Katasteramt Flensburg/Schleswig	15
	Vorlage des Innenministeriums Umdruck 15/2414	
10.	Information/Kenntnisnahme	17
11.	Verschiedenes	18

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2002 bis 2006

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2057

b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2003

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2020

hierzu: Umdrucke 15/2420, 15/2484, 15/2500, 15/2501, 15/2502, 15/2520,
15/2525, 15/2527, 15/2529 bis 15/2533, 15/2535,
15/2546, 15/2592, 15/2593, 15/2595, 15/ 2535, 15/2595,
15/2600, 15/2601, 15/2621

- **Einzelplan 01 und Kapitel 1201**
- **Einzelplan 02**
- **Einzelplan 05 und Kapitel 1205**
- **Einzelplan 11 und Kapitel 1211**

Der Finanzausschuss setzt die Haushaltsberatungen 2003 mit der Behandlung der Einzelpläne 01, 02, 05 und 11 sowie der einschlägigen Kapitel fort.

Zum Einzelplan 01 und Kapitel 1201 erläutert Landtagsdirektor Dr. Schöning die Gründe für die zusätzlich entstehenden Kosten.

Bezüglich des Einzelplans 11 bezieht sich Abg. Arp auf die Ankündigung von Finanzminister Möller, dem Unternehmen MobilCom Bürgschaften in Höhe von 20 Millionen € bereitstellen zu wollen, und fragt, ob die im Einzelplan 11 veranschlagte Bürgschaftssumme in Höhe von

7 Millionen € ausreichend sei. M Möller teilt mit, die finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen im Anschluss an diese Sitzung entsprechend informieren zu wollen.

Zu den Einzelplänen 02 und 05 liegen keine Wortmeldungen vor.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Künftige Struktur und Positionierung der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale (LB Kiel)

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/2409

b) Fusion der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale (LB Kiel) mit der Hamburgischen Landesbank (HLB)

auf Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 15/2116) in der Plenarsitzung am 11. September 2002 von Minister Möller mündlich gegebener Bericht

(überwiesen zur abschließenden Beratung)

M Möller erklärt sich einleitend bereit, den finanzpolitischen Sprechern der Fraktionen über den Bericht hinausgehende, für die Öffentlichkeit nicht bestimmte Informationen zu geben. Anschließend aktualisiert M Möller die in der Vorlage des Finanzministeriums gemachten Ausführungen, Umdruck 15/2409. Der Vorlage sei zu entnehmen, dass der Gutachter die Position der Landesregierung inhaltlich in vollem Umfange bestätigt habe. Die Anteilseigner beider Banken hätten sich darüber hinaus auch hinsichtlich dieser Punkte verständigt. Das Finanzministerium habe zugesagt, EU-rechtlich relevante Fragen klären zu wollen.

Dem Kabinett werde am 19. November 2002 ein Konzept vorgeschlagen, fährt der Minister fort, wonach die Liegenschaften auf eine Anstalt des öffentlichen Rechts, die in Personalunion beziehungsweise Organleihe mit der GMSH stehe, übertragen werden sollen. Dieses Modell sei EU-konform und wirke ertragsteuerrechtlich wie umsatzsteuerrechtlich neutral. Im Übrigen fiele für die noch zu übertragenden Liegenschaften nach neuem Recht keine Grunderwerbsteuer an.

M Möller betont, dass die anstehenden gesetzlichen Änderungen der Zustimmung des Landtages bedürften. Dazu zählten unter anderem das Sparkassen- und das Investitionsbankgesetz. Aus Sicht des Finanzministeriums sei es wünschenswert, wenn der Landtag im Februar 2003 in erster Lesung darüber berät, damit die zweite Lesung im Mai 2003 stattfinden könne.

Einleitend stellt Herr Dr. Rümker die organisatorischen Aspekte der Fusion der Landesbanken dar. Die Verteilung der Kompetenz-Center qualifiziert er als „fair“ und „ausgewogen“. Die Aufteilung der Mitarbeiter auf die einzelnen Center sei vernünftig erfolgt.

Nach Ansicht des Vorstandes der Kieler Landesbank verlaufe die Arbeit des Lenkungsausschusses gut und zielgerecht. In Anbetracht der Zusage, dass es keine fusionsbedingten Entlassungen geben werde, hätten die Mitarbeiter die Fusion positiv aufgenommen. Herr Dr. Rümker hebt hervor, dass auch die Rating-Agenturen das Fusionsprojekt positiv aufgenommen hätten.

Für die Zukunft entscheidend wird nach Ansicht von Herrn Dr. Rümker die Frage sein, inwieweit sich die angekündigten Synergieeffekte in Höhe von 150 Millionen € pro Jahr - erstmals in voller Höhe nach drei Jahren zu erreichen - erzielt werden können.

Die Ausrichtung der Bank solle zum einen eine starke Verwurzelung in Schleswig-Holstein und Hamburg haben - darin sei sich der Vorstand einig, betont Herr Dr. Rümker - und zum anderen solle sich die Bank als eine „Bank des Nordens“ profilieren. Darüber hinaus solle sie weltweite Kapitalmarktaktivitäten entfalten.

Das Selbstverständnis der neuen Bank solle sich nach dem Willen des Vorstandes als „Kundenbank“ manifestieren. Herr Dr. Rümker resümiert, die Fusion sei die richtige Antwort zur richtigen Zeit auf die stattfindenden strukturellen Veränderungen im Bankenwesen.

M Möller hebt auf eine Frage von Abg. Arp die Bedeutung der Kreditversorgung gerade der mittelständischen Unternehmen unter den Bedingungen von Basel II hervor. Dies sei ein wesentliches Aufgabenfeld der Investitionsbank.

Der Finanzausschuss nimmt den Antrag der Fraktion der CDU zur Fusion der Landesbank, Drucksache 15/2116, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung neuer Referenzzinssätze und zur Aufhebung des Gesetzes über die Ersetzung des Diskontsatzes und anderer Zinssätze (Landesreferenzzinsgesetz - LRzG)

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2024

(überwiesen am 13. September 2002 an den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Finanzausschuss verschiebt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes einvernehmlich auf die Sitzung am 7. November 2002.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2033

(überwiesen am 11. September 2002 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss)

Auch die Beratung dieses Tagesordnungspunktes vertagt der Ausschuss auf die Sitzung am 7. November 2002, da sich der federführende Bildungsausschuss erst heute Nachmittag mit dem Gesetzentwurf befassen wird.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag aller Länder über die Bereitstellung von Mitteln aus der Oddset-Sportwette im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2136

(überwiesen am 11. Oktober 2002)

Nach kurzer Diskussion empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag bei einer Gegenstimme der Fraktion der SPD und einer Enthaltung der Fraktion der SPD die Annahme des Gesetzesentwurfs Drucksache 15/2136.

Punkt 6 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 15/578

hierzu: Umdrucke 15/692, 15/803 bis 15/806, 15/812, 15/815, 15/827,
15/828, 15/834, 15/837, 15/838, 15/851, 15/868,
15/1074, 15/1177

(überwiesen am 14. Dezember 2000 an den Innen- und Rechtsausschuss,
den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1768

hierzu: Umdrucke 15/2206, 15/2306, 15/2389, 15/2397, 15/2402, 15/2418
15/2466, 15/2483, 15/2515, 15/2523, 15/2535, 15/2536,
15/2538, 15/2550, 15/2571

(überwiesen am 15. Mai 2002 an den Innen- und Rechtsausschuss, den
Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss)

Der Finanzausschuss beschließt einstimmig, diesen Punkt von der Tagesordnung mit der Maßgabe abzusetzen, dass die zweite Lesung der Gesetzentwürfe spätestens im Dezember-Plenum erfolgen soll. Dies soll dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss mitgeteilt werden.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Landeslaborkonzept Neumünster, Ankauf der Liegenschaft „Ehemaliges
Truppendienstgericht“ - Zustimmung des Finanzausschusses nach § 64 LHO**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/2504

Auf eine Nachfrage von Abg. Arp bestätigt St Döring die Notwendigkeit eines Ankaufs der Liegenschaft für das Laborkonzept Neumünster mit dem Hinweis darauf, dass nicht nur Fälle von BSE, sondern auch alle anderen Fälle dort untersucht würden. Angestrebt werde ebenfalls eine Kooperation mit Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Auch werde großen Wert darauf gelegt, dass die Kapazitäten wirtschaftlich ausgelastet würden.

Auf eine weitere Frage von Abg. Arp nach der Möglichkeit einer privatwirtschaftlichen Lösung erwidert St Döring, dass Aufträge in der Vergangenheit sehr wohl an privatwirtschaftliche Unternehmen vergeben worden seien. Dies betrachte er als ein notwendiges Regulativ. Allerdings müsse aus Gründen der Sicherheit der überwiegende Teil der Aufträge von staatlichen Labors ausgeführt werden.

Der Finanzausschuss stimmt der Vorlage des Finanzministeriums, Umdruck 15/2504, einstimmig zu.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Landesbetrieb (§ 26 LHO) Erlebniswald Trappenkamp;
Halbjahresbericht 2002**

Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten
Umdruck 15/2528

Der Finanzausschuss bittet das Umweltministerium, ihm in der nächsten Sitzung mitzuteilen, welche alternativen Überlegungen es außerhalb des Budgets gebe, für das Anliegen eine positive Entwicklung zu finden.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage Umdruck 15/2528 einstimmig zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Einwilligung zum Abschluss eines Mietvertrages für das Katasteramt
Flensburg/Schleswig**

Vorlage des Innenministeriums
Umdruck 15/2414

Abg. Heinold problematisiert die Zusammenlegung der Katasterämter vor dem Hintergrund, dass es bedingt durch die Aufrechterhaltung der Außenstelle in Schleswig nach wie vor zwei Standorte gebe und die Mietzahlungen in erheblichem Umfang erhöht würden. Diese Bedenken teilen auch Abg. Arp und Abg. Neugebauer.

Herr Grouls begründet die Erhöhung der Mietkosten damit, dass die Katasterämter in Flensburg und Schleswig in sehr alten und beengten Gebäuden untergebracht seien, die den Mindestanforderungen für Arbeitsplätze von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht genügten. Diesen Anforderungen würde aber das neue Gebäude gerecht.

Die Aufrechterhaltung der Außenstelle sei überwiegend durch „soziale Problemfälle“ bedingt, fährt er fort, da halbtags beschäftigten allein erziehenden Müttern eine Versetzung an einen entfernteren Ort nicht zuzumuten sei. Die Außenstelle werde keine dauerhafte Einrichtung sein. Sobald den Bürgern Daten in digitalisierter Form zur Verfügung gestellt werden könnten, könnten auch Außenstellen eingespart werden.

Herr Grouls stellt klar, dass es für das Gebäude in Schleswig noch keinen Mietvertrag gebe. Für das Gebäude in Flensburg gebe es allerdings einen Kunden, der es erwerben möchte. Die Landwirtschaftsschule werde vom Eigentümer umgebaut und die Kosten würden auf die Miete umgelegt.

Synergieeffekte durch die Zusammenlegung der Katasterämter ergäben sich - so Herr Grouls - aus personellen Einsparungen. Die Landesregierung bereite zurzeit ein Konzept vor, das die Katasterämter weiter deutlich reduzieren werde.

Abg. Arp kritisiert, dass landeseigene Liegenschaften leer stünden, externe Gebäude angemietet würden und Umbaumaßnahmen durch höhere Mieten beglichen würden. Auch die Aufrechterhaltung der Außenstelle aus rein sozialen Gründen - so begrüßenswert sie seien - erachtet er als problematisch.

Der Präsident des Landesrechnungshofs moniert, dass es an einem Gesamtkonzept fehle, aus dem sich die Wirtschaftlichkeit der Zusammenlegung von Katasterämtern ableiten lasse.

Abg. Neugebauer regt an, dass das Innenministerium dem Finanzausschuss in einer der nächsten Sitzungen ein mittelfristiges Konzept vorstellen und eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für den Standort Flensburg-Schleswig vorlegen solle.

Die Vorsitzende kritisiert, dass der Finanzausschuss einer Vorlage zustimmen soll, obwohl die entsprechende Landesverordnung bereits am 1. Oktober in Kraft getreten sei. St Döring entschuldigt die verspätete Zuleitung der Vorlage, sieht das Parlament allerdings nicht in seinen Rechten beschnitten, da die Befassung des Finanzausschusses mit dieser Angelegenheit lediglich auf die Höhe der Mietzahlung nach den Bestimmungen der LHO zurückzuführen sei.

Der Finanzausschuss beschließt, das Ministerium aufzufordern, ein Gesamtkonzept vorzulegen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Finanzausschuss nimmt folgende Umdrucke einvernehmlich zur Kenntnis:

- Umdruck 15/2413 - Bund deutscher Nordschleswiger
- Umdruck 15/2496 - Investive Förderung der Heimbereiche, Fachkliniken
und Behindertenhilfe
- Umdruck 15/2497 - Umsetzung des Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetzes
- Umdruck 15/2498 - Staatsvertrag über die Errichtung einer
Verkaufsstelle für Milchquoten
- Umdruck 15/2503 - Doppelhaushalt
- Umdruck 15/2544 - Korrektur von Sitzungsniederschriften
- Umdruck 15/2594 - INPOL-neu

Abg. Arp fordert den Landesrechnungshof im Zusammenhang mit Umdruck 15/2496 auf, eine Bewertung darüber vorzunehmen, ob es sich hier um eine Neuverschuldung des Landes handelt.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Neugebauer bittet den Finanzminister, den Ausschuss über die Entwicklung in Norderfriedrichskoog zu informieren.

Abg. Arp bittet darum, dass sich der Finanzausschuss in einer der nächsten Sitzungen mit dem Konzept Schloss Glücksburg befassen soll.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 12:20 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Birgit Raddatz

Protokollführerin